

Leipziger Tageblatt

und
Handels-Zeitung

Abend-Ausgabe

115. Jahrgang

Bezugspreis: für Leipzig und Vorort jährlich 120 Mark, halbjährlich 60 Mark, vierteljährlich 30 Mark, monatlich 10 Mark. Für den Ausland bezug monatlich 12 Mark, halbjährlich 60 Mark, vierteljährlich 30 Mark, monatlich 10 Mark. Einzelnummern 2 Mark. Postgebühren sind zu zahlen. Die Abnahme von 100 Exemplaren kostet 100 Mark, von 500 Exemplaren 450 Mark, von 1000 Exemplaren 850 Mark. Die Abnahme von 5000 Exemplaren kostet 3500 Mark, von 10000 Exemplaren 6500 Mark. Die Abnahme von 20000 Exemplaren kostet 12500 Mark, von 50000 Exemplaren 27500 Mark. Die Abnahme von 100000 Exemplaren kostet 50000 Mark. Die Abnahme von 200000 Exemplaren kostet 95000 Mark. Die Abnahme von 500000 Exemplaren kostet 225000 Mark. Die Abnahme von 1000000 Exemplaren kostet 425000 Mark. Die Abnahme von 2000000 Exemplaren kostet 800000 Mark. Die Abnahme von 5000000 Exemplaren kostet 1500000 Mark. Die Abnahme von 10000000 Exemplaren kostet 2750000 Mark. Die Abnahme von 20000000 Exemplaren kostet 5000000 Mark. Die Abnahme von 50000000 Exemplaren kostet 9500000 Mark. Die Abnahme von 100000000 Exemplaren kostet 17500000 Mark. Die Abnahme von 200000000 Exemplaren kostet 32500000 Mark. Die Abnahme von 500000000 Exemplaren kostet 62500000 Mark. Die Abnahme von 1000000000 Exemplaren kostet 115000000 Mark.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig, des Amtsgerichts Leipzig, sowie verschiedener anderer Behörden.

Anzeigenpreis: für die erste Spalte 100 Mark, für die zweite Spalte 75 Mark, für die dritte Spalte 50 Mark, für die vierte Spalte 25 Mark. Die Abnahme von 1000 Anzeigen kostet 10000 Mark, von 2000 Anzeigen 18000 Mark, von 3000 Anzeigen 25000 Mark, von 4000 Anzeigen 31000 Mark, von 5000 Anzeigen 37000 Mark, von 6000 Anzeigen 43000 Mark, von 7000 Anzeigen 49000 Mark, von 8000 Anzeigen 55000 Mark, von 9000 Anzeigen 61000 Mark, von 10000 Anzeigen 67000 Mark. Die Abnahme von 20000 Anzeigen kostet 110000 Mark, von 30000 Anzeigen 160000 Mark, von 40000 Anzeigen 210000 Mark, von 50000 Anzeigen 260000 Mark, von 60000 Anzeigen 310000 Mark, von 70000 Anzeigen 360000 Mark, von 80000 Anzeigen 410000 Mark, von 90000 Anzeigen 460000 Mark, von 100000 Anzeigen 510000 Mark. Die Abnahme von 200000 Anzeigen kostet 1100000 Mark, von 300000 Anzeigen 1600000 Mark, von 400000 Anzeigen 2100000 Mark, von 500000 Anzeigen 2600000 Mark, von 600000 Anzeigen 3100000 Mark, von 700000 Anzeigen 3600000 Mark, von 800000 Anzeigen 4100000 Mark, von 900000 Anzeigen 4600000 Mark, von 1000000 Anzeigen 5100000 Mark.

Nr. 500

Mittwoch, den 12. Oktober

1921

Die Entscheidung über Oberschlesien gefallen

Zweiteilung oder Dreiteilung?

Paris, 12. Oktober.

Die meisten Blätter erklären heute vormittag, daß die Entscheidung über Oberschlesien in Genf gefallen sei; der Völkerbundrat werde sie am Abend dem derzeitigen Vorsitzenden des Obersten Rates, Briand, mitteilen. Die Entscheidung des Völkerbundes wird morgen in Paris erwartet und jedenfalls zum Wochenende bekanntgegeben.

Genf, 12. Oktober.

Sovas zufolge ist es wahrscheinlich, daß der Völkerbundrat morgen die Entscheidung in der obereschlesischen Frage den alliierten Regierungen mitteilen wird. Diese würden die Entscheidung nach einige Tage lang geheim halten, um es der Interalliierten Kommission in Oppeln zu ermöglichen, vor der Bekanntmachung der Grenze alle zweckdienlichen Maßnahmen zu ergreifen. Es sei unwahrscheinlich, daß die Hauptmächte, die im Obersten Rat vertreten sind, die Entscheidung vor Beginn der nächsten Woche Polen und Deutschland bekanntgeben werden.

Wenn man den hier heute vorliegenden — natürlich rein privaten — Informationen glauben schenken kann, so kann kaum mehr ein Zweifel darüber bestehen, daß der Völkerbundrat tatsächlich die Teilung Oberschlesiens, und zwar auch des Industriegebietes, beschlossen hat. Ueber die dem Obersten Rat vorzulegende Grenzlinie ist natürlich nichts Sicheres und nichts Endgültiges zu erfahren; in Kreisen, die dem Völkerbunde nahe stehen, verlangt aber mit Bestimmtheit, daß die Grenze ein Kompromiß zwischen den beiden Sforza-Linien darstelle. Danach soll an Polen fallen: Kattowitz, Bieleh, der in den Kreis Bieleh hineinragende Zipfel des Kreises Hindenburg, Kattowitzer Stadt und Land, der Ostteil des Randkreises Beuthen ohne die Stadt und Teile der Kreise Tarnowitz und Lublitz ohne die Städte. Was die rein deutsche Stadt Königsbrunn betrifft, so wird von einer für Polen günstigen Lösung gesprochen. Neben den Bestimmungen über die neue Grenze soll das Gutachten des Völkerbundesrats eine Fülle von teilweise sehr detaillierten Bestimmungen enthalten über technische und wirtschaftliche Fragen, deren redaktionelle Ausarbeitung auf große Schwierigkeiten stößt. Von den Mitgliedern des Völkerbundesrats wird jede weitere Auskunft über die Grenzlinie verweigert.

Von anderer Seite wird auf Grund angeblich sicherer Informationen auf Genf berichtet, daß der prinzipielle Beschluß des Völkerbundesrats im einzelnen dahin gehe, Oberschlesien in drei Teile zu teilen: West- und Ostteil würden an Polen fallen, das Zentralgebiet, im engeren Sinne also Gleiwitz, Beuthen, Kattowitz, werde als autonome wirtschaftliche Provinz unter polnischer Souveränität konstituiert und die übrigen Gebiete Oberschlesiens fallen Deutschland zugeteilt werden.

Nach einer Genfer Meldung des Berliner Tageblatts soll sich der Völkerbundrat nach mit folgenden Spezialfragen befassen: 1. Wie soll das Währungsproblem in dem autonomisierten Mittelgebiet reguliert werden? Hierüber sei noch keine Einigung erzielt worden; 2. Polen soll die Eisenbahnverwaltung übertragen werden; 3. die militärische Beschaffung in dem Mittelbezirk soll ganz erheblich vermindert werden, und die Verstärkung soll Polen zur Last fallen. Die obere Instanz in dem autonomisierten Mittelbezirk werde ein internationaler Ausschuss sein, der unter Völkerbundsdirection gestellt werden wird. Es seien ferner noch Verhandlungen mit bestimmten Instanzen im Gange, um für die deutsche Arbeiterschaft in dem autonomisierten und in dem Polen zugewiesenen Bereich sogenannte Sicherheitsfragen in sozialpolitischer Hinsicht zu schaffen.

Die Grundlagen der Entscheidung

Ueber die politischen und wirtschaftlichen Hintergründe, die dem Völkerbundrat als Grundlagen für seine Entscheidung vorliegen, erfährt die Leipziger Zeitung aus glaubwürdiger Quelle: Der Völkerbundrat habe seine Arbeiten damit begonnen, unter rein politischen Gesichtspunkten eine Teilung des obereschlesischen Industriegebietes vorzunehmen. Erst nachdem die für Deutschland ganz außerordentlich ungünstige Teilungslinie gezogen worden war, sei das für und fertige politische Projekt auf die beiden wirtschaftlichen Sachverständigen mit dem Auftrag übergeben worden, sich gütlich darüber zu äußern, welche wirtschaftlichen Vorkehrungen getroffen werden müßten, um das politische Projekt auch ökonomisch zu fundamentieren. Als wirtschaftliche Sachverständigen fungierten der frühere Generaldirektor der Schweizerischen Eisenbahnen und der Generalsekretär des Industrieverbandes der Tschechoslowakei, Habač. Obwohl der tschechische Sachverständige politisch der Deutschland wenig günstig gestimmten Nationaldemokratischen Partei angehört, kam er gemeinsam mit seinem Schweizerischen Kollegen nach kurzer Prüfung des Projekts zu dem Ergebnis, daß diese politische Aufstellung wirtschaftlich eine Unmöglichkeit darstelle. Er stimmte unter anderem ausdrücklich dem Schweizerischen Eisenbahnenmann darin bei, daß das bestehende System Oberschlesiens unmöglich zerrissen werden könne, und daß ein einheitliche Verwaltung der über die verschiedenen Gebiete zerstreuten industriellen Anlagen nicht mehr gesichert werden könne. Das freilich industriellen Anlagen nicht mehr gesicherter Art über die wirtschaftlichen Vorkehrungen soll sich in sehr wenig zuverlässiger Art über die wirtschaftliche Fähigkeit der Polen äußern, die von den Deutschen gedachten Anlagen zu erhalten oder gar weiter ökonomisch nutzbar zu machen. Es lagen zu erhalten oder gar weiter ökonomisch nutzbar zu machen. Es lagen zu erhalten oder gar weiter ökonomisch nutzbar zu machen. Es lagen zu erhalten oder gar weiter ökonomisch nutzbar zu machen.

Oegen die Einführung der polnischen Währung wurden sowohl den Sachverständigen als auch dem Völkerbundrat gegenüber die schwersten Bedenken gerade von Seiten der Polen selbst geltend gemacht. Nament-

lich wies Polen darauf hin, daß bei Einführung der polnischen Währung eine Belastung des polnischen Notenmarkts schon für die ersten Jahrlänge von mindestens 25 Milliarden polnischer Mark erfolgen müßte. Die Polen erklärten ferner, daß es für sie den vollkommenen Zusammenbruch bedeuten würde, wenn Polen einen Anteil an den deutschen Reparationslasten durch die Uebernahme von Oberschlesien anfertigen erbiete. Die Sachverständigen betonten aber demgegenüber, daß eine solche Uebernahme eines Teils der deutschen Reparationslasten nach den Vorzügen des Völkerrechts unerlässlich sei und daß man auch völkerrechtlich den Deutschen nicht die Verpflichtung auferlegen könne, das Land für die Polen zu ernähren. Auf Grund dieser Erwägung sind dann die Gutachter zu dem Schluß gekommen, daß wirtschaftlich eine Gestaltung gefunden werden müsse, die völlig von dem politischen Teilungsprojekt zu trennen sei. Sie haben dann vorgeschlagen, ein besonderes Wirtschaftsgebiet Oberschlesiens zu schaffen, das aus dem bisher zu Deutschland gehörigen obereschlesischen Industriegebiet und dem angrenzenden polnischen Kohlenbecken sich zusammensetzt. Dieses neue Gebilde soll die deutsche Währung behalten, seinen Anteil an der Reparation tragen und eine wirtschaftliche Generalverwaltung erhalten, die aus je einem Tschechoslowaken, Polen und Deutschen besteht.

Botschafter Mayer bei Briand

Berlin, 12. Oktober.

Der deutsche Botschafter in Paris Dr. Mayer hat gestern dem französischen Ministerpräsidenten einen Besuch abgestattet, bei dem er — ebenso wie der Londoner Botschafter Schamer bei seinem Besuch bei Lord Curzon (nicht bei Lord George) — auf die möglichen inner- und außenpolitischen Folgen hinwies, die eine Teilung des obereschlesischen Industriegebietes nach sich ziehen könnte.

Besprechung mit den Koalitionsparteien

(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 12. Oktober.

Wie wir hören, werden die Führer der Koalitionsparteien heute nachmittag zu Besprechungen mit der Regierung zusammentreten. Die gestrige Abend Sitzung des Kabinetts, die sich wiederum mit der obereschlesischen Frage beschäftigte, dauerte nur kurze Zeit, da neue Nachrichten nicht eingelaufen waren. Die für heute vormittag anberaumte Sitzung des Auswärtigen Ausschusses, die sich ebenfalls mit dem obereschlesischen Problem befassen sollte, ist mit Rücksicht auf das Gehen ausländischer Nachrichten abgelehnt worden.

In unersichtlichen Kreisen bezeichnet man es, dem Leipziger Tageblatt zufolge, für sehr wahrscheinlich, daß im Falle einer unangenehmen Entscheidung über Oberschlesien der Reichstag früher als beabsichtigt zusammentreten wird.

Stürmische Proteste aus Oberschlesien

Die Deutsche Demokratische Partei Oberschlesiens hat an den Reichskanzler ein Telegramm geschickt, in dem mit Bezug auf die Pressenachrichten über den Beschluß des Völkerbundesrats in der obereschlesischen Frage u. a. gefordert wird: Der Plan der Schaffung eines unter polnischer Souveränität lebenden, aber wirtschaftlich autonomen Gebietes ist der klarste Beweis für die tatsächliche Unteilbarkeit Oberschlesiens aus wirtschaftlichen Gründen. Die Lebensfähigkeit des Polen zugewiesenen Gebietes soll durch Deutschland erhalten werden. Ein solcher Vorstoß kann nur der Willeht entzünden. Deutschland unter allen Umständen an der Gesamtunion zu verhindern. Wird dieser Vorstoß zur Tatsache, fordern wir von der Reichsregierung die unbedingte Ablehnung der Anerkennung der geplanten rechtlich und verfassungsmäßigen Lösung. Wir können uns keine deutsche Regierung vorstellen, die diesen offensichtlichen Rechtsbruch anerkennen würde. Wenn der Völkerbundrat das Recht beugen will, dann muß er allein die Verantwortung für die Vernichtung der kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Werte Oberschlesiens tragen, die es einzig und allein Deutschland zu verdanken hat.

In einem Telegramm des Deutschen Ausschusses für Oberschlesien, das an den Reichskanzler gelangt ist, heißt es: Wir haben es verstanden können, daß das Ultimatum der Entente von der Reichsregierung angenommen worden ist, um Oberschlesien für das Deutsche Reich zu retten. Wir würden es nicht mehr verstehen, wenn diesem neuen Rechtsbruch gegenüber die Reichsregierung nicht alle Konsequenzen ziehen würde. Es erscheint uns völlig ausgeschlossen, daß die Reichsregierung etwa dem Ansinnen des Völkerbundesrats nachgeben könnte, dem Wechselbalg, den man uns mit dem autonomen Wirtschaftsgebiete oder ähnlichem unterzuschieben gedenkt, durch die wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands Leben einzubringen. Wenn der Völkerbundrat nicht wagen will, Recht nicht weichen zu lassen, so müssen wir es von uns weisen, Gegenstand irrfinniger politischer und wirtschaftlicher Experimente zu sein. Wir fordern unser Recht; wir fordern aber auch von dem Reich, daß es unser Recht verteidigt ohne Rücksicht darauf, ob dem einzelnen hier wieder schwere Lage bevorstehen mögen. Reichskanzler, werde hart!

Die katholische Volkspartei (Zentrum) Oberschlesiens richtete an den Reichskanzler ein Telegramm, wonach sie die alsbaldige Erklärung der Reichsregierung erwartet, daß eine solche Entscheidung unannehmbar wäre und den sofortigen Rücktritt des Kabinetts zur Folge hätte.

Die in der Sozialdemokratischen Partei Oberschlesiens organisierten Mitglieder haben an den Vorstand der SPD, das bringende Ersuchen gestellt, die sozialdemokratischen Mitglieder der deutschen Reichsregierung zu beauftragen, bei einer für Deutschland ungünstigen Entscheidung in der obereschlesischen Frage ihre Vertreter im Reichskabinet niederzulegen und zu erklären, daß die Sozialdemokratische Partei als die Vertreterin der arbeitenden Bevölkerung die Verantwortung für die Zustimmung zu einer solchen Entscheidung nicht zu tragen vermag.

Die Konferenz von Venedig

(Von unserem Wiener Mitarbeiter.)

In Venedig soll unter der Leitung des italienischen Ministers des Auswärtigen, Marchese della Torretta, eine Vermittlungskonferenz in der westungarischen Frage stattfinden. Damit ist in der an überraschenden Wendungen schon so reichen Burgenlandfrage eine neue Phase eröffnet. Wird es die entscheidende sein oder wird es wieder nur eine Episode bleiben? Vorläufig ist noch alles in Dunkel gehüllt. Die Diplomatie, die trotz aller demokratischen Phrasen heute mehr Geheimdiplomatie ist, als vor dem Kriege, hält wieder einmal ein verschleiertes Bild von Sais bereit. Nicht einmal über den Ursprung und die Vaterstiftung dieser Kongressidee ist die Öffentlichkeit einigermaßen aufgeklärt. Als eine Meldung der Pariser Agence Havas die erste Andeutung der ursprünglich in Rom geplanten Konferenz brachte, war man nirgends mehr überrascht, als in Wien, obwohl doch Oesterreich in der Burgenlandfrage sozusagen ein Hauptinteresse hat. Unbefragt und uneingeweiht war zweifellos auch die „Kleine Entente“, während mindestens eine Entente-Großmacht der Idee anfangs sehr mißtrauisch, wenn nicht gar ablehnend gegenüberstand.

Im Augenblick des ersten Auftauchens der Kongressidee war die politische Lage in Westungarn folgende: Ungarn hatte am 3. Oktober dem Entente-Ultimatum formell Rechnung getragen. Im Amtshaus der in Oedenburg residierenden Entente-Generalkommission war ein Protokoll unterzeichnet worden, das statt der wirklichen eine symbolische oder Ersatz-Uebergabe Westungarns an die Entente darstellte. Die Oedenburger Entente-Generalkommission beschleunigte daraufhin der ungarischen Regierung, daß Ungarn den auf Westungarn bezüglichen Bestimmungen des Trianoner Friedensvertrages Genüge geleistet habe. Die österreichische Regierung hatte jede Unterzeichnung des Uebernahmeprotokolls abgelehnt, weil sie mit Recht der Ansicht war, daß der Uebergabeakt an die Entente-Kommission nicht mehr als eine bloße Formalität darstelle, und daß ein Eingehen Oesterreichs darauf nichts anderes, als eine Selbstkaufung über die gegenwärtige Lage, vor allem darüber wäre, daß die Träger der Macht im Burgenlande schon seit geraumer Zeit weder die ungarische Regierung, noch die Interalliierte Mission in Oedenburg seien. Wie sehr es sich bei der Klärung Westungarns um ein ungarisches Doppelspiel gehandelt hat, beweist die bereits am nächsten Tage, am 4. Oktober, in Felsöör proklamierte Unabhängigkeit, Selbständigkeit und Neutralität Westungarns. Treibender Faktor war dabei die unter der Regide des bekannten ungarischen Abgeordneten, gewesenen Kriegsministers und Ministerpräsidenten Stephan Friedrich gegründete „Organa“, was offenbar unter beabsichtigtem Anklang an die Orgesch-Organisation des Landeshaushalts bedeuten soll.

Schon während des letzten Entente-Ultimatums an Ungarn schwebten zwei Vermittlungsaktionen zwischen Oesterreich und Ungarn, eine tschechische und eine italienische. Also, je eine einer Macht der Kleinen und einer Macht der Großen Entente. Wenn wir hinzufügen, daß jede dieser beiden Vermittlungsaktionen nicht nur unabhängig von der anderen war, sondern sogar in Unkenntnis der anderen unternommen wurde, so haben wir bereits hinter die Kulissen des Intrigenspiels geleuchtet, das zur Konferenz von Venedig geführt hat und allem Anschein nach dort seine Fortsetzung finden soll. Der Gegensatz zwischen der Kleinen und wenigstens einem Teile der Großen Entente in der Westungarnfrage konnte nicht krasser in die Erscheinung treten, als durch diese doppelte, innerlich parallele und innerlich scharf gegensätzliche Vermittlungsaktion Italiens und der Tschechi, die sich schließlich zu einem förmlichen Wettrennen zwischen den Ministern Dr. Benesch und Marquis Torretta gestaltete.

Die ungarische Diplomatie scheint hier den latenten Gegensatz zwischen Italien und der Kleinen Entente zu einem Meisterstück ausgenutzt zu haben. Sie hat sich offenbar mit dem unschuldigsten Gesicht sowohl an Torretta als auch an Benesch um Vermittlung gegenüber der österreichischen Regierung gewendet, aber sie hat dabei dem Herrn Benesch verschwiegen, daß sie sich bereits mit dem gleichen Anliegen an den Herrn Torretta gewendet hatte. Herr Benesch war schneller als Torretta. Am 22. September war ihm das Vermittlungsgeheiß Ungarns zugekommen, und noch am demselben Tage setzte er sich telephonisch mit dem österreichischen Bundeskanzler Schöber in Verbindung, und am nächsten Tage fand schon die Begegnung zwischen ihnen in Hainburg bei Preßburg statt. Herr Benesch dürfte ein sehr erstauntes Gesicht gemacht haben, als er in Hainburg von Bundeskanzler Schöber hörte, daß auch eine italienische Vermittlungsaktion in der Schwabe sei, die jedoch noch keine konkrete Gestalt angenommen habe. Kanzler Schöber nahm die von Herrn Benesch übermittelten ungarischen Angebote zur Kenntnis, und er berichtete noch am demselben Tage darüber dem Ausschusse für Außerer des Wiener Nationalrates, von dem er eine Blankopolmacht zu weiteren Verhandlungen erhielt. Zu einer Fortsetzung der Besprechungen und zu einer neuen Begegnung Schöber-Benesch ist es jedoch bisher nicht gekommen. Es hat nur noch eine Begegnung zwischen Benesch und dem ungarischen Außenminister Grafen Banffy in Brünn stattgefunden. Dann trat eine Unterbrechung der tschechischen Vermittlungsaktion ein.